

# KOMMUNAL HANDELN FÜR EINE DEMOKRATISCHE STREITKULTUR UND TOLERANZ IM WAHLKAMPF

## In Lichtenberg und anderswo



Im September 2011 finden die Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen statt. An diesen Wahlen nehmen auch verschiedene rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien teil, die zum Ausgrenzen von Minderheiten, Religionen oder Kulturen aufrufen.

Mit dem Falblatt möchten wir, das Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz, auf einige Thesen dieser Parteien eingehen und deutlich machen, wo sie von unserem demokratischen Grundkonsens abweichen.



# „Innere Sicherheit herstellen“

(Wahlprogramm der „Bürgerbewegung pro Deutschland“)

**R**echtspopulisten versuchen sich die Ängste der Menschen vor Kriminalität zunutze zu machen. Sie propagieren, dass die öffentliche Sicherheit massiv gefährdet sei oder wie bei diesem Slogan der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ nicht einmal mehr existieren würde. Dass der Berliner Innensenator im April 2011 insgesamt von einem „Rückgang der Kriminalitätsbelastung“ spricht und die Straftaten in Berlin seit 2002 um 16,2 % gesunken sind, findet bei PRO keinerlei Erwähnung.

Sie fordern als erste Priorität eine repressive und aggressive Politik, Maßnahmen wie Videoüberwachung, Aufstockung von Sicherheitspersonal, härtere Strafen und mehr Befugnisse für die Polizei.

Dass damit demokratische Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werden können, wird von den Rechtspopulisten nicht diskutiert. Dazu gehören beispielsweise das Ver-

sammlungsrecht, die Meinungsfreiheit, der Datenschutz und die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Weiterhin richten sich die geforderten Maßnahmen lediglich gegen die Symptome von Gewaltkriminalität und zielen auf Repression und Abschreckung. Pauschal werden bestimmte Gruppen verantwortlich gemacht und nicht soziale gesellschaftliche Ursachen in den Blick genommen.

Wichtige präventive Ansätze zur frühzeitigen Verhinderung von Gewalt und Kriminalität werden durch die Rechtspopulisten nicht angesprochen. Auch wenn der Staat auf Kriminalität reagiert, muss eine demokratische Gesellschaft im Vorfeld präventiv wirksam werden, um demokratische und menschenrechtliche Werte zu setzen und zu transportieren.

**Eine repressive und aggressive Sicherheitspolitik wird das Problem der Gewaltkriminalität mit Sicherheit nicht lösen.**



# „Integration – Eine Bringschuld“

(Berliner Programm, DIE FREIHEIT)

**D**ie rechtspopulistische Partei DIE FREIHEIT fordert, dass sich Zuwandererinnen und Zuwanderer in Deutschland integrieren sollen. Gleichzeitig sehen sie aber ausschließlich die Migrantinnen und Migranten in der Pflicht. Diese sollen nach dem Wahlprogramm der FREIHEIT sämtliche Integrationsmaßnahmen selbst bezahlen. Auch das Berliner Integrationsgesetz möchte die Partei abschaffen.

Offensichtlich liegt der FREIHEIT nichts an Integration. Es geht ihr um die Unterordnung unter eine so genannte Leitkultur und um die pauschale Abwertung von Menschen und ihrer Würde.

Integration ist eine Chance für die Gesellschaft, sie verlangt aber, dass beide Seiten offen aufeinander zu gehen.

Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ steht im Zentrum rechtspopulistischer Agi-

tation wie es auch bei den Forderungen nach besonderen Regeln für muslimische Einwanderinnen und Einwanderer sichtbar wird. Beispiele sind die Streichung aller Gelder für muslimische Vereine oder auch das Verbot von Gebeten in Arabisch. Mit solchen Forderungen wird Muslimen ihre gesetzlich verbriefte Religionsfreiheit beschnitten. Sie wären demnach nicht mehr gleichberechtigt mit anderen Religionen, sondern diskriminiert. Das verstößt gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller und ist mit den Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft nicht vereinbar.

**Die Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Sie besteht vor allem in der Freiheit eines Menschen, seine Glaubensüberzeugung oder ein weltanschauliches Bekenntnis frei zu bilden und seine Religion oder Weltanschauung ungestört auszuüben.**



# „Landesaktionsprogramm für ein deutsches Berlin“

(Nationaldemokratische Partei Deutschland - NPD)

**W**ieder zeigt die NPD, was sie unter einem „deutschen Berlin“ versteht. Ausgehend von einer genetisch homogenen „Volksgemeinschaft“ hat der Begriff der „Gemeinschaft“ für die NPD eine aggressiv biologistische Bedeutung. Ausgeschlossen wird, wer anders ist.

Dabei wird verschwiegen, dass es kaum ethnisch homogene Gesellschaften gibt. Auch das Staatsvolk der Deutschen ist ethnisch heterogen und ein multikulturelles Ergebnis vieler Völkerwanderungen über viele Jahrhunderte.

Die NPD zielt auf Apartheid und stellt eine völlig abstruse Verbindung zwischen ethnischer Heterogenität, Individualismus und sozialen Problemen her.

Das von der NPD und den rechtspopulistischen Parteien geforderte Berlin ist jedoch nicht unser Berlin. Berlin ist vielfältig und bunt. Berlin war und ist eine Weltstadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Kultur, Religion und sexuelle Orientierungen zusammen leben und zusammentreffen.

Berlin hat immer dann geblüht, wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen hierher kamen, um ihr Glück zu suchen.

Jede Kultur, jede Religion, jede Tradition hat in Berlin ihren Platz, solange sie die demokratischen Rechte aller Menschen respektiert.





# Lichtenberg Ort der Vielfalt

## Einige Angebote für demokratisches Engagement

Demokratie muss gelebt werden. Demokratie ist nichts Starres, Feststehendes, Systemisches, sondern etwas Vorläufiges, das man sich kommunikativ erarbeiten muss: immer wieder. Um Demokratie auch leben zu können, existieren in Lichtenberg verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Wir wollen hier nur einige benennen:

### Bürgerinnen und Bürger

- Engagement in Vereinen, Parteien, Schülervertretungen und (Jugend-)Initiativen
- Wahrnehmung des Demonstrationsrechts, z.B. Kundgebungen und Demonstrationen
- Teilnahme und Planung von Aktionen, z.B. Frühjahrsputz
- Einbringen in Bürgerversammlungen
- Mitglied werden in den bezirklichen Integrationsausschüssen und Kiezbeiräten
- Teilnahme bei den Bürgerjurs im Rahmen der Kiezfonds

### Verwaltung

- Teilnahme und Planung des Bürgerhaushaltes
- Diskussionen auf den Stadtteilkonferenzen und der Gemeinwe-senkonferenz

- Einbringen von Ideen in die Stadtteilzentren

### Politik

- Verantwortung übernehmen als Bürgerdeputierte
- Wahrnehmung der Einwohnerfragestunde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und Teilnahme an den Sitzungen der BVV
- Nutzen des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden
- Teilnahme an öffentlichen Ausschusssitzungen
- Starten von Bürgerbegehren und Bürgerentscheide
- Erreichbarkeit von Politikerinnen und Politikern bei Stadtspaziergängen, Kiezfesten und Bürgersprechstunden des Bezirksamtes und der demokratischen Parteien

# Weiterführende Literatur

apabiz e.V. & MBR (Hg.):  
Antimuslimischer Rassismus &  
rechtspopulistische Organisationen.  
Berlin 2011.

[www.apabiz.de/publikation/  
broschueren/Rechtspop\\_final\\_  
Ansicht.pdf](http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/Rechtspop_final_Ansicht.pdf)

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“  
(Hg.):

Rechtspopulismus in Berlin –  
Rassismus als Bindeglied zwischen  
der „Mitte“ der Gesellschaft und  
Neonazismus?. Berlin 2011.

[www.rechtspopulismusstoppen.  
blogspot.de/images/broschuere\\_  
rechtspopberlin\\_web.pdf](http://www.rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/images/broschuere_rechtspopberlin_web.pdf)

Foroutan, Naika (Hg.):  
Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand.

Ein empirischer Gegenentwurf zu  
Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen  
in Deutschland. Berlin 2010.

[www.heyimat.hu-berlin.de/sarra-  
zin2010](http://www.heyimat.hu-berlin.de/sarrazin2010)

Seidel, Eberhard und Sanem Kleff:  
Stadt der Vielfalt. Das Entstehen des  
neuen Berlin durch Migration. Berlin  
2009.

Webseiten mit aktuellen Informatio-  
nen zu rechtsextremen und rechtspo-  
pulistischen Parteien und Organisati-  
onen in Berlin:

[www.blog.schattenbericht.de](http://www.blog.schattenbericht.de)  
[www.bvv.vdk-berlin.de](http://www.bvv.vdk-berlin.de)  
[www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de)  
[www.zusammenhandeln.blogspot.eu](http://www.zusammenhandeln.blogspot.eu)

## Kontakt

Das Bündnis für Demokratie und To-  
leranz ist jederzeit offen für neue  
Mitglieder, die sein Selbstverständnis  
teilen. Sollten Sie Interesse an einer  
Mitarbeit haben, kontaktieren Sie uns  
bitte.

E-Mail:  
[lichtenbergerbuendnis@web.de](mailto:lichtenbergerbuendnis@web.de)

Internet:  
[www.lichtenbergerbuendnis.de.tc](http://www.lichtenbergerbuendnis.de.tc)

